RP ONLINE

Rohstoffe am Niederrhein

Der Salzbergbau drängt nach vorn

7. April 2022 um 15:14 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Die Bürgerinitiative zeigte mit einer Powerpoint-Präsentation, was vom Unternehmen K+S geplant ist. Foto: Armin Fischer (arfi)

Alpen/Xanten/Rheinberg. Rund 170 Leute folgten der Einladung der Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigter auf den Spargelhof Schippers in Veen. Hier ging es um Pläne von K+S, das Abbaugebiet zwischen Borth und Birten um 3800 Hektar zu erweitern.

Von **Bernfried Paus**

Der Salzbergbau beschäftigt die Menschen am linken Niederrhein rund um das Bergwerk in Borth. Hier fahren seit fast 100 Jahren Kumpel rund 1000 Meter in die Tiefe, um das weiße Gold zutage zu fördern. Dabei haben mit der Zeit schon viele Bewohner erfahren, dass die Arbeit im Untergrund über Tage nicht ohne Folgen bleibt. Daher treiben die aktuellen Pläne des Konzerns K+S, das Abgrabungsgebiet deutlich auszudehnen, viele Leute in Alpen, Xanten und Rheinberg umher. Mehr als 170 Bürgerinnen und Bürger sind am Mittwochabend auf den Spargelhof Schippers nach Veen gekommen, um zu erfahren, was K+S bei der Bezirksregierung in Arnsberg beantragt hat.

Die Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigter, mit 1780 Mitgliedern inzwischen eine etablierte Größe mit politischem Gewicht, hatte eingeladen, um aus ihrer Sicht über die Eckpunkte des in Rede stehenden Rahmenbetriebsplans zu informieren. Unterm Strich geht‘s den Akteuren darum, möglichst viele Betroffene zu erreichen und sie zu motivieren, im förmlichen Verfahren Einwände vorzubringen.

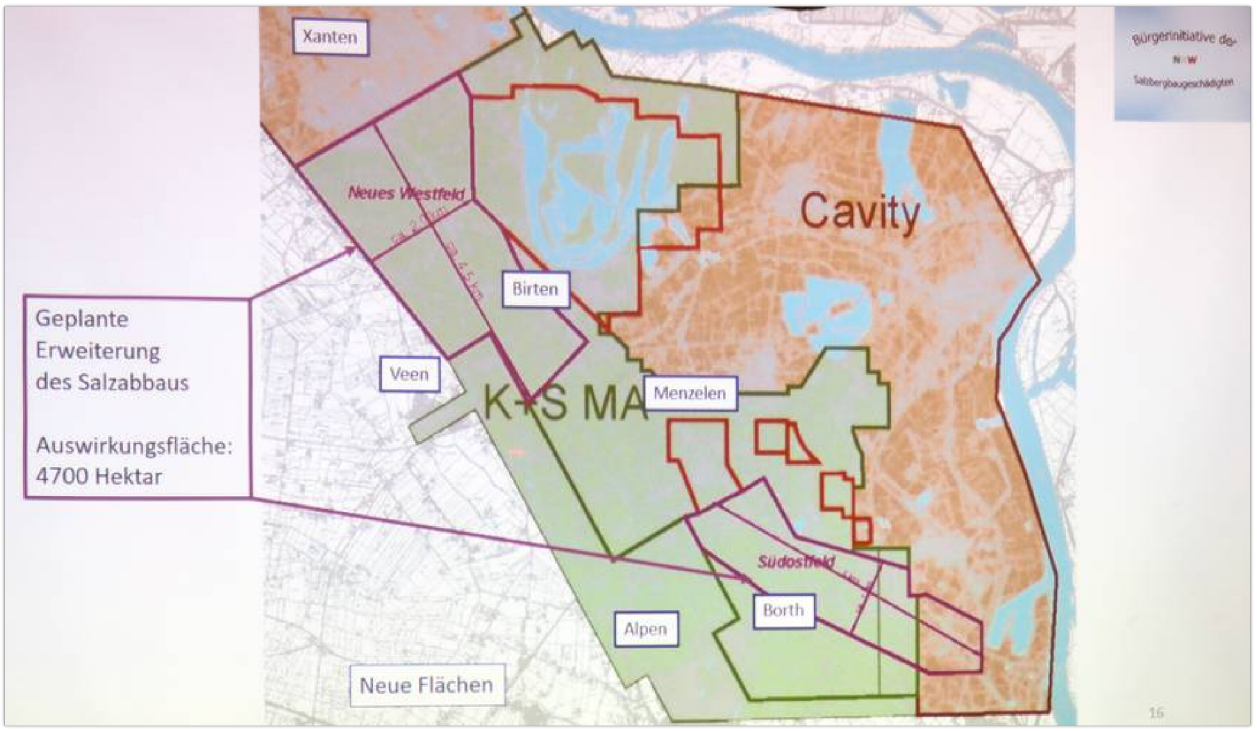
INFO

Online kann man sich schon informieren

Der Antrag Die Antragsunterlagen zum Downloaden findet man online auf der Seite der Bezirksregierung Arnsberg unter https://www.bra.nrw.de

Die Anwälte Die Bürgerinitiative informiert über die K+S-Pläne online auch unter https://www.salzbergbaugeschaedigte.de und erläutert hier, wie man Eingaben macht, damit sie im Genehmigungsverfahren gehört werden müssen und man sich rechtlich ins Spiel bringt.

BI-Vorsitzender Torsten Schäfer brachte das Ziel so auf den Punkt: „Wer keine Einwände erhebt, hat hinterher keine Rechte.“ Doch die Zeit drängt. Und die Materie ist kompliziert. Die Antragsunterlagen füllen fünf Aktenordner, die man im Internet auf der Seite der Bezirksregierung Arnsberg nur noch bis zum 19. April auf seinen Rechner herunterladen kann. Sie liegen aber auch in den Rathäusern aus. Eine hochkomplexe Materie mit zahlreichen Sachverständigen-Gutachten. Um das alles zu sichten, haben die Verwaltungen in Alpen, Rheinberg und Xanten Profis beauftragt, bevor sie ihre Stellungnahmen verfassen, die die Räte noch vor der politischen Sommerpause verabschieden wollen. Damit das klappt, wurde die Frist auf Anfang Juni verlängert, wie Xantens Bürgermeister Thomas Goertz in Veen bekannt gab.

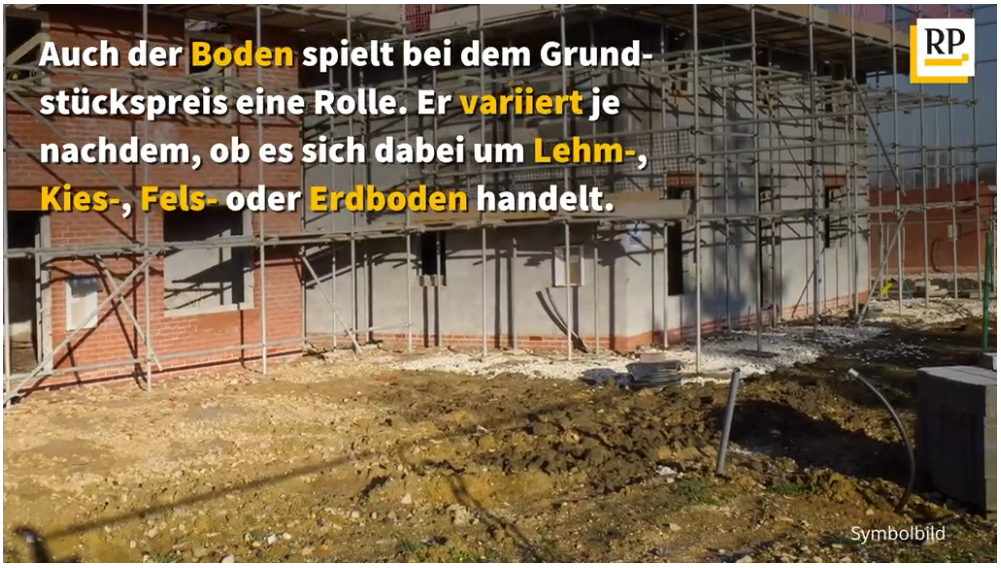


Von Borth bis Xanten: Diese Karte über die beantragte Erweiterung (lila umrandet) der Abbaufelder präsentierte die Bürgerinitiative in Veen. Foto: Armin Fischer (arfi)

So viel Zeit bleibt den Bürgern nicht. Sie müssen spätens bis Donnerstag, 19. Mai, ihre persönliche Betroffenheit schriftlich vortragen. Die Bürgerinitiave gibt im Internet auf ihrer Seite Hilfestellung. „Aber Textbausteine findet man bei uns nicht“, so Schäfer. Eingaben müssten individuell sein. Unterschriebene Vordrucke würden als eine Eingabe betrachtet, die leicht zu behandeln sei. Der Informationsbedarf ist offenkundig groß, die Sorgen ebenso. Das ist auch der K+S nicht verborgen geblieben. Stefan Weber, seit gut einem Jahr Leiter des Bergwerks Borth, war als Gast zum Info-Abend erschienen. Allein dafür, dass er es „anders“ mache „als seine Vorgänger“ erkannte man im Publikum an. Weber bekräftigte das Angebot, mittwochs im Werk über die Pläne zu informieren: „Das steht, man muss es nur annehmen.“

Zudem hat er im Gespräch mit den Bürgermeistern vereinbart, dass das Bergbauunternehmen zu einem noch nicht exakt festgelegten Termin zwischen dem 25. April und dem 13. Mai – vor dem Fristende für Eingaben – nach Alpen, Xanten und Rheinberg kommt, um der Bürgerschaft Fragen zu den Plänen, die bis 2050 reichen, zu beantworten. Das nannte Goertz „fair“.

Das könnte Sie auch interessieren

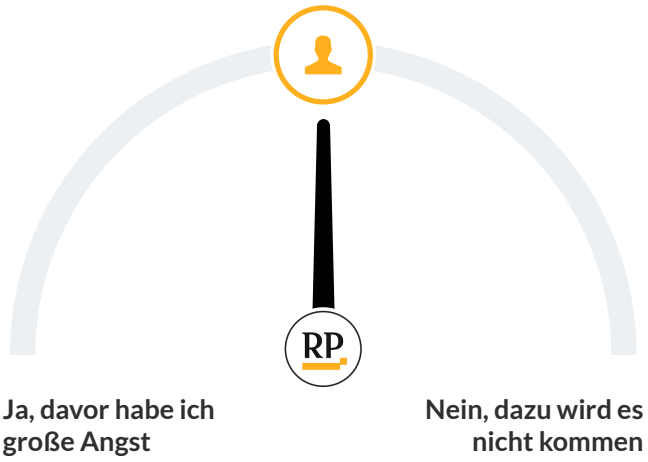


Nach Informationen der Bürgerinitiative plane K+S sein bisher genehmigtes Abbaugebiet um rund 3800 Hektar zu erweitern: Das „neue Westfeld“ (2800 Hektar) erstrecke sich unter Birten (Hees) bis an die Innenstadtgrenze der Domstadt, das „Südostfeld“ (2000 Hektar) von Borth bis an den Rand von Menzelen, unter dem aktuell abgebaut werde. „Um 22.27 Uhr wird gesprengt“, sagte Karl Kebber-Hartmann, Vize-Vorsitzender der BI, über vernehmbare Nebengeräusche.

Die gravierendsten Folgen von Salzbergbau sind erst langfristig zu erwarten, da Geländesenkungen im Abbaugebiet bis zu 200 Jahre andauern. Mögliche Schadenersatzansprüche, so die Initiative, würden aber nach nun geltender Rechtslage bereits 30 Jahre nach Bergbauende verjährt sein.

LIVE ABSTIMMUNG 50.448 MAL ABGESTIMMT

Frage der Woche: Haben Sie Sorge vor einem Weltkrieg?



RP ONLINE

OPINARY.

Neben möglichen Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur wie Straßen, Kanälen und Deichen rückte die Bürgerinitiative vor allem irgendwann drohende, hochgerechnete Folgen eines denkbaren Extremhochwassers am Rhein anschaulich ins Blickfeld. Auf Karten war auch der „Spargelhof Schippers“ komplett unter Wasser, der „Eichenbalken an der Decke der Scheune untergetaucht“. Stefan Weber kündigte an, dass K+S die Erhöhung des rheinfernen Deichs in Birten „zu 100 Prozent“ finanziere.

(bp)